Protokoll Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Datum: 10.03.2025, 16:00 bis 18:00 Uhr

Ort: Bernhard-Weiß-Straße 6, 10178 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Teilnehmende: 1
TOP 1: Begrüßung 2
TOP 2: Aktuelles 2
Eingereichte Themen vom 10.03. 2
Erhebung der Barrierefreiheit 3
Fachtag Kooperation Schule-Jugendhilfe 3
TOP 3: Protokollkontrolle 3
TOP 4: Gesetzliche Beteiligung der AG MmB 4
TOP 5: Änderung der Geschäftsordnung 4
TOP 6: Übersicht der Beteiligungsvorhaben für das Jahr 2025 5
TOP 7: Verabschiedung 5

Teilnehmende:

Metzing, Holger	Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
Morgenthal, Jane	Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
Schädler, Karin	Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
Pohle, Wencke	Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
Loos, Stephanie	Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
Prinz, Martin	Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
Danker, Uwe	Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
Schott, Janine	Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
Braunert-Rümenapf, Ch.	Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
Kaup, Daniela	Bezirksbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Lichtenberg

Kroll, Sabine	Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, Charlottenburg-Wilmersdorf
Vollert, Carla	Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (focal point)
Liecke, Falko	Staatssekretär für Jugend und Familie
Duveneck, Thomas	Senatsverwaltung für Bildung Jugend und Familie
Hilke, Andreas	Senatsverwaltung für Bildung Jugend und Familie
Schulze, Holger	Senatsverwaltung für Bildung Jugend und Familie
Winter-Witschurke, C.	Senatsverwaltung für Bildung Jugend und Familie
Delenk, Jadwiga	Senatsverwaltung für Bildung Jugend und Familie
Dr. Giesel, Linda	Koordinierungsstelle LGBG, Sen BJF

TOP 1: Begrüßung

Herr Staatssekretär Liecke begrüßt die Anwesenden zur AG-Sitzung.

TOP 2: Aktuelles

Eingereichte Themen vom 10.03.

Aufgrund der Kurzfristigkeit der eingereichten Themen wird beschlossen, dass die Fragestellungen im Nachgang schriftlich beantwortet werden.

Frau Morgenthal fragt nach dem Sachstand zur Evaluierung der Entfristung von Bescheiden. Um hierzu eine Auskunft zu geben, erklärt Herr Hilke, dass die SenBJF dazu eine Rückmeldung der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) erwartet.

Frau Morgenthal erkundigt sich nach der Erhebung zur Anzahl der nichtbeschulten/kurzbeschulten Kinder und Jugendlichen. Herr Duveneck erklärt, dass hierzu noch keine Ergebnisse vorliegen.

Herr Hilke bittet um Rückmeldung seitens der AG-Mitglieder zum Leitbild über die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe, das am 08.11.2024 an die AG über die Koordinierungsstelle versendet wurde. Die Anmerkung der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen ist in die Überarbeitung bereits eingeflossen.

Erhebung der Barrierefreiheit

Herr Staatssekretär Liecke erläutert mit Bezug auf die Zusage in der letzten AG-Sitzung, dass das Thema Erhebung der Barrierefreiheit im Rahmen der Staatssekretärskonferenz angesprochen wurde. Es gibt hierzu keine einheitliche Vorgehensweise im Land Berlin. Im Schulbereich wurde im Zuge der Übergabe der Gebäude an die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) ein Gebäudescan der beruflichen Schulen durchgeführt. Im Rahmen der verfügbaren Mittel werden bauliche Anpassungen an die Barrierefreiheit vorgenommen. Hierzu liegen noch keine abschließenden Berichte vor. Herr Prinz fragt, ob es über die bisherige Selbstauskunft hinaus mittlerweile in Anlehnung an die Instrumente der Bundesfachstelle für Barrierefreiheit auch für Berlin ein berlinweit einheitliches Instrument gibt. Vor dem Hintergrund, dass die Berliner Bezirke das Thema unterschiedlich handhaben, gibt Frau Braunert-Rümenapf den Hinweis, die im LGBG festgeschriebene Erhebung zur Barrierefreiheit ggf. über den Rat der Bürgermeister (RdB) zu steuern. In der nächsten Konferenz der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen sollte hierzu über eine Zusammenarbeit zwischen dem Land Berlin und den Bezirken nachgedacht werden.

Frau Loos erinnert an die Checkliste zur Barrierefreiheit für Kinder und Jugendliche, die von der AG MmB z. B. im Rahmen der Landesjugendförderpläne zum Einsatz kommt.

Herr Schulze erklärt, dass im Anschluss an die letzte AG-Sitzung die von den Landesbeiratsmitgliedern erarbeiteten Unterlagen in den Planungsbereich gegeben wurden und in der Arbeitsgemeinschaft Berliner Öffentliche Jugendhilfe (AG BÖJ) eine Erhebung anhand der Checkliste von Jugendfreizeiteinrichtungen angedacht wurde. Herr Metzing weist darauf hin, dass auch die Sportstätten evaluiert werden sollten.

Herr Staatssekretär Liecke erörtert, dass die bezirklichen Schulämter für die Schulgebäude verantwortlich sind. Bauvorhaben werden mit den bezirklichen Hochbauämtern umgesetzt. Darüber hinaus besteht die Vereinbarung, dass die BIM als Servicedienstleistung der Bezirke fungiert und das Gebäudemanagement übernimmt. Die Sportplätze werden jeweils von den bezirklichen Sportämtern verantwortet. Die Zuständigkeit für Sporthallen ist abhängig von der jeweiligen Zugehörigkeit zu einer Schule (bezirklich) oder ggf. einer überregionalen Zuordnung. Der Verwaltungsreformprozess zielt genau auf diese Fragestellungen der Verantwortung und der Adressatengruppen ab.

Fachtag Kooperation Schule-Jugendhilfe

Herr Hilke bietet eine Auswertungsrunde im Nachgang zum Fachtag vom 05.03.2025 an. Terminvorschläge werden über die Koordinierungsstelle versendet.

Die Interessensvertretungen weisen darauf hin, dass die fehlende Barrierefreiheit des Tagungsortes in diesem Zuge thematisiert werden sollte.

TOP 3: Protokollkontrolle

Das Protokoll vom 07.11.2024 wird mit dem von den Interessenvertretungen eingebrachten Zusatz angenommen.

TOP 4: Gesetzliche Beteiligung der AG MmB

Frau Pohle und Frau Loos geben einen Input zum Thema „Gesetzliche Beteiligung der AG MmB“ (s. Anlage TOP 4). Die in Folie 11–19 genannten fiktiven Beispiele dienen der Illustration des Stufenmodells der politischen Partizipation.

Daraufhin entsteht ein Austausch zum Thema der wirksamen und systematischen Beteiligung, insbesondere mit Blick auf die Definition der Frühzeitigkeit. Herr Hilke weist darauf hin, dass zu den Bedingungen einer gelingenden Beteiligung ein Dialog gehört, innerhalb dessen ein Sachverhalt beeinflussbar sein sollte. Herr Duveneck erklärt, dass ein Format gefunden werden müsse, in dem Vorhaben anhand der Relevanz für die AG MmB abgestimmt werden sollten. Frau Loos unterstreicht hierzu die Liste der Vorhabenplanung, die im Zuge der ersten AG-Sitzung eines Jahres erstellt wird. Ein System zur Übersicht der Beteiligungsprozesse wird gemeinsam mit der Koordinierungsstelle LGBG erprobt. Herr Staatssekretär Liecke erläutert den Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung und die damit einhergehende Bedingung, dass ein Prozess bis zu einem bestimmten Grad im Entwurfsstadium abgestimmt werden muss, bevor er in die Beteiligung gehen kann.

Frau Pohle ergänzt, dass die Unterlagen, die zu einem Beteiligungsvorgang gesendet werden, neben dem Kriterium der Barrierefreiheit, auch einheitlich aufzeigen sollten, welche Änderungen vorgenommen wurden. Herr Danker weist auf die Vorteile einer frühzeitigen Einbindung der AG im Zuge der Konzepterstellung hin, z. B. für mögliche Barrieren im Vorfeld zu sensibilisieren. Darüber hinaus betont er die Bedeutung einer Rückmeldung seitens der Verwaltung, welche Aspekte in die Überarbeitung aufgenommen wurden und welche nicht.

TOP 5: Änderung der Geschäftsordnung

Frau Loos erläutert die von der Interessensvertretung und der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen eingereichte Beschlussvorlage, mithilfe derer die Beschlussfassungsmöglichkeit der AG MmB neu geregelt werden soll, um eine einheitliche Beteiligung zu gewährleisten. Hierzu wird der Erprobungszeitraum von einem Jahr vorgeschlagen.

Die Verwaltungsmitglieder der AG lehnen die Änderung der Geschäftsordnung ab.

Herr Hilke schlägt vor, Formate der Beteiligung in die Geschäftsordnung aufzunehmen.

Herr Staatssekretär Liecke betont, dass die Beteiligung im LGBG bereits gesetzlich geregelt ist und daher nicht zusätzlich beschlossen werden müsse, demgegenüber sei insbesondere die Ausgestaltung der Beteiligungsmöglichkeiten festzuhalten. Er fragt außerdem nach der Zielstellung und Konsequenz eines möglichen Beschlusses.

Herr Danker erklärt, dass Fälle, in denen die Beteiligung aus Sicht der Interessensvertretung nicht zufriedenstellend abläuft, ohne die Beschlussfähigkeit nicht aktenkundig gemacht werden können. Mithilfe der Änderung der Geschäftsordnung könnten Konfliktfelder aufgezeigt und aufgelöst werden.

Frau Pohle zieht einen Vergleich zum Gremium des Fachbeirats Inklusion und dessen Beschlussfähigkeit. Frau Winter-Witschurke erläutert hierzu die Funktion des Fachbeirats, Empfehlungen seitens der Verbände und der Wissenschaft an die Hausleitung der SenBJF zu geben. Sie betont, dass die Verwaltungsmitglieder des Fachbeirats kein Stimmrecht besitzen und dieser eine grundsätzlich andere Zielstellung besitzt.

Herr Prinz unterstreicht, dass eine Evaluation der Geschäftsordnung nach zwei Jahren sinnvoll wäre und schlägt vor, eine Unter-AG zu diesem Thema zu bilden. Herr Staatssekretär Liecke teilt diesen Vorschlag, sich hierzu im kleineren Kreis zu treffen und die Weiterentwicklung der Geschäftsordnung zu beraten. Dabei wäre es hilfreich, auch die AGn der anderen Verwaltungen dafür zu sensibilisieren.

TOP 6: Übersicht der Beteiligungsvorhaben für das Jahr 2025

Frau Loos erläutert, dass eine Beteiligungsübersicht in Form einer Excel-Tabelle zusammen mit der Koordinierungsstelle LGBG erprobt wird. Die Interessensvertretungen geben anschließend zu den geplanten Beteiligungsvorhaben und den vorgeschlagenen Formaten eine Rückmeldung.

Herr Schulze ergänzt, dass auf der Liste noch das Kindertagesförderungsgesetz (KitaFöG) hinzugefügt wird.

Herr Hilke und Frau Winter-Witschurke erklären, dass für die AV USE und die VV Inklusionsassistenz ein gemeinsamer Dialogtermin gefunden werden soll. Die Unterlagen werden in barrierefreiem Format versendet.

Herr Prinz fragt nach dem inklusionspolitischen Leitthema der bezirklichen Koordinierungsstellen für die Prävention von Kinderarmut. Weitere Informationen hierzu werden nachgereicht.

TOP 7: Verabschiedung

Herr Staatssekretär Liecke bedankt sich und verabschiedet die Teilnehmenden der Sitzung.

Zusatztermin für die online Sommer-AG-Sitzung (nur Aktuelles-Themen wie 2024):

17.07. 16-17 Uhr.

Die Sitzung wird hiernach geschlossen.

Protokoll: KoSt LGBG/Dr. Linda Giesel